

Der mühsame Kampf des Kanzlers gegen die AfD-Versprechungen



Von **Hannah Bethke**
Politik-Redakteurin

Stand: 27.11.2025 | Lesedauer: 6 Minuten



AfD-Chefin Alice Weidel bei ihrer Rede, im Hintergrund Kanzler Friedrich Merz (CDU, 2. v. r.) auf der Regierungsbank

Quelle: Stefan Boness/lpon/picture alliance

Kanzler Merz (CDU) setzt auf eine pragmatische Kursbestimmung, um der rhetorischen Eskalation von AfD-Chefin Weidel Paroli zu bieten. Die Debatte im Bundestag zeigt, welchen Vorteil die Rechtsaußen-Partei gegenüber den anderen Fraktionen stets ausspielen kann.

Es ist eine hohe Kunst, eine gute Rede zu halten, die durchdringt, aufmerksam macht und das auszudrücken vermag, was viele Menschen umtreibt. Bei der Generaldebatte im Deutschen Bundestag am Mittwoch war von dieser Fertigkeit wenig zu sehen. Dabei hätte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) nichts dringender gebraucht, als durch klare Worte, ein tiefes Verständnis für die krisenhafte Lage des Landes und die Stimmung in der Bevölkerung positiv aufzufallen.

75 Prozent der Bürger sind mit seiner Arbeit unzufrieden, wie jüngste Umfragen zeigen. Zwar ist es nicht überraschend, dass Regierung und Kanzler mit schlechten Zustimmungswerten abgestraft werden, wenn die Zeiten ungewiss sind und die Gesellschaft im chronischen Stadium multipler Krisen verharret. Doch Merz steht unter Hochdruck – innerhalb der Koalition, in seiner eigenen Fraktion und mit Blick auf die AfD, die kaum eine Gelegenheit auslässt, triumphierend auf ihre anhaltende Stärke zu verweisen.

Um in dieser Gemengelage einprägsam aufzufallen, reicht es nicht, eine solide Rede zu halten – womit die Rede des Bundeskanzlers treffend beschrieben wäre. Merz erinnerte daran, dass die Bundesregierung sich verpflichtet habe, dem Wohl des deutschen Volkes zu dienen und Schaden von ihm abzuwenden – im Unterschied zur AfD, sollte das wohl heißen, ohne dass der Kanzler es so konkret aussprach.

Aus seiner Ablehnung der in Teilen rechtsextremistischen Partei machte er abermals kein Hehl und kritisierte die AfD-Vorsitzende Alice Weidel für ihren „Zwölf-Punkte-Plan“, den sie in ihrer Rede zuvor vorgestellt hatte. Mit keinem Wort gehe sie darin auf den Krieg in der Ukraine ein, bemängelte Merz, mit keinem Wort auf die Krisen der Welt, in der Demokratien zu autoritären Systemen umgeformt würden.

Dennoch beließ er es bei diesem kurzen Seitenhieb und arbeitete sich dann seinerseits an drei großen Punkten seiner Rede ab: wettbewerbsfähige Wirtschaft, neue sicherheitspolitische Grundlagen, Generationengerechtigkeit. Darin sieht er die Zielmarken, auf die die Regierung hinarbeiten müsse.

„Wir wollen keine Friedhofsruhe“, sagte Merz mit Blick auf die Ukraine-Politik – und das bedeutet für ihn: „kein Frieden durch Kapitulation“. Der Bundeskanzler bekräftigte den Kurs der deutschen Regierung, die Ukraine (<https://www.welt.de/politik/ausland/plus68c1caco436fo928c8978d9f/drohnenkrieg-dann-erzaehlt-der-kommandeur-was-die-ukraine-wirklich-braucht-um-russland-zu-uebertreffen.html>) weiter zu unterstützen und in Abstimmung mit den europäischen Partnern zu agieren. Dabei müsse es um „Frieden in Freiheit“ gehen.

Auf der Suche nach einem „neuen Konsens der Generationen“ erinnerte Merz daran, dass die Jüngeren in einen „historisch beispiellosen Wohlstand“ hineingeboren worden seien. Damit das so bleibe, müsse für die Alterssicherung ein neuer Konsens ausgehandelt werden. Das war unmissverständlich ein Appell an die Junge Gruppe in der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, die einen Grundsatzstreit über die Rentenpolitik der Regierung losgetreten hat. Eine Einigung steht in dieser Frage allerdings aus.

Merz warb für Geduld. Die Reformerwartungen seien „zum Teil größer, als wir sie im Augenblick erfüllen“. Ohne zu erwähnen, dass die Bundesregierung nicht ganz unbeteiligt an den geweckten Erwartungen der Bevölkerung ist, dämpfte er überzogene Hoffnungen: „Unser Land ist ein hochkomplexes Land, und hochkomplexe Sachverhalte erfordern komplexe Antworten und nicht unterkomplexe Redensarten.“

Nichts daran ist falsch – aber eine zündende Kraft dürften solche pragmatischen Sätze wohl nicht entfalten.

Die AfD und ihr Charisma des vermeintlich Neuen

Das hängt auch mit der gravierenden Herausforderung zusammen, der sich vor Merz bisher nur Angela Merkel (CDU) stellen musste. In der Generaldebatte ist es üblich, dass die Eröffnungsrede von der größten Oppositionsfraktion eröffnet wird. Seit dieser Legislaturperiode ist das wieder die AfD. Dadurch gibt ausgerechnet jene Partei, die vom Bundestagspräsidium die meisten Ordnungsrufe erhält, immer den Ton der Debatte vor.

Die Rhetorik der AfD lebt von Grenzüberschreitungen. Wer nach ihr spricht und auf diese rhetorische Eskalation nicht einsteigen will, muss das Kunststück vollbringen, trotzdem nicht deutlich blasser und langweiliger zu wirken. Das Charisma des vermeintlich Neuen, mit dessen Versprechen die AfD ohne Beachtung der demokratischen Aushandlungsprozesse stets antritt, kann keine der bürgerlichen Parteien ausstrahlen.

Und trotzdem ist genau das deren Aufgabe: in der Sache zu argumentieren, keine falschen Versprechungen zu machen, Verfahrensregeln zu beachten. Mit dieser notwendigen Nüchternheit in Gegenwart einer auf Krawall gebürsteten AfD durchzudringen und Wirkung zu erzielen, ist für Merz die größte Hürde, die er in jeder Generaldebatte nehmen muss.

AfD-Chefin Weidel hielt sich in ihrer Eröffnungsrede mit großen Tönen dagegen nicht zurück. „Diese Koalition im Endstadium erinnert immer mehr an die Brücke der Titanic“, sagte Weidel in langsamem Sprechtempo und stellte damit einmal mehr unter Beweis, dass gelungene Metaphern ihre Sache nicht sind. Deutschland, das sich dieses „Narrentheater“ nicht mehr leisten könne, steuere auf mindestens fünf Eisberge zu – und dann ratterte Weidel die übliche Agenda der AfD herunter: „unkontrollierte Zuwanderung“, nicht finanzierbarer Sozialstaat, „Deindustrialisierung“, „hausgemachte Energiekrise“, „größter Schuldenberg in der Nachkriegsgeschichte“.

Vom Gebot der Mäßigung, das die AfD sich vor einigen Monaten selbst gestellt hatte, war wenig zu merken, als Weidel auf einen Zwischenruf aus den Reihen der SPD entgegnete: „Vor Ihnen habe ich sowieso keine Angst. Wie Sie hier so rumfeixen, das wird sich der Wähler sehr genau merken.“ Zuvor hatte sie die [Debatte über ein AfD-Verbot \(https://www.welt.de/politik/deutschland/article691ac4bd58d2cfb625f5e5c8/caren-miosga-jetzt-wird-so-getan-als-waere-es-etwas-ganz-tolles-ein-afd-verbot-zu-haben-sagt-von-schirach.html\)](https://www.welt.de/politik/deutschland/article691ac4bd58d2cfb625f5e5c8/caren-miosga-jetzt-wird-so-getan-als-waere-es-etwas-ganz-tolles-ein-afd-verbot-zu-haben-sagt-von-schirach.html) als „primitives Antifa-Geschrei“ bezeichnet und der SPD vorgeworfen: „Stumpfsinnige demokratiefeindliche Verbotsfantasien ersetzen bei Ihnen den politischen Ideenwettbewerb.“

Jenseits solcher Ausfälle präsentierte Weidel allerdings auch einen „Zwölf-Punkte-Plan“, mit dem die AfD Deutschland wieder auf die Beine stellen wolle. Darin forderte sie explizit, zum Kauf von Öl und Gas aus Russland zurückzukehren – ohne den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu erwähnen.

Obwohl die Positionen zwischen Union und AfD in dieser und vielen anderen Fragen nicht weiter auseinanderliegen könnten, wiederholte Weidel das Angebot, gemeinsam Politik zu machen. Sie forderte die Union auf, die „Brandmauer“ zur AfD einzureißen: „Die bürgerlichen Kräfte der Vernunft“ müssten sich „zusammenfinden und den Willen des Wählers erfüllen, der mehrheitlich eine bürgerliche Mitte-Rechts-Politik gewählt hat und keine progressive linke grüne Politik“, so Weidel. In ihrer Rede lieferte sie der Union allerdings zugleich zahlreiche Gründe für die Position, eine solche Zusammenarbeit weiter strikt abzulehnen.

Britta Haßelmann, Vorsitzende der Grünen-Fraktion, mahnte derweil wenig überraschend die Einhaltung des Klimaschutzes an und warf Merz vor, in dieser Frage gerade nicht auf Generationengerechtigkeit zu achten.

Auch Heidi Reichinnek zog in Zweifel, wie ernst Merz es mit der Generationengerechtigkeit meinen könne, wenn die Koalition das Rentenniveau nicht anheben wolle. Es sei „schäbig“, wie Unionspolitiker über die Rente sprächen, sagte die Vorsitzende der Linke-Fraktion.



Doch auch wenn die Unterschiede zwischen den Fraktionen, die zu markieren Merz besonders wichtig war, deutlich sichtbar geworden sind, war die Generaldebatte keine Sternstunde im Parlament.

Eine Bemerkung von SPD-Fraktionschef Matthias Miersch könnte bei der Bewertung dieser Redebeiträge jedoch zu denken geben. Die schwarz-rote Bundesregierung sei gerade einmal sieben Monate im Amt, betonte Miersch. Das ließ sich auch als Appell an das politische Selbstverständnis verstehen. Denn Demokratie bedeutet nicht, mit dem Zauberstab oder gar mit der Brechstange von heute auf morgen das ganze Land zu verändern. Demokratie ist ein zähes Ringen um Kompromisse – weil es eben nicht nur einen legitimen Standpunkt gibt.

Politikredakteurin Hannah Bethke (<https://www.welt.de/autor/hannah-bethke/>) ist bei WELT zuständig für die SPD und innenpolitische Debatten.

